



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

P/X/79 - 5.4.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Eigeninteresse und parlamentarische Form	S. 1
Mach Turin	S. 3
Die Vorgänge in Brüssel - ein Beispiel für Deutschland?	S. 5
Bundestagsbeschluss ohne Wirkung	S. 6

Pferdefuß der Privatisierung

F.B. Man stelle sich einmal eine Gemeinde vor, die ein städtisches Grundstück verkaufen will und in Bauausschuss sucht ein Ratsherr, der als Käufer interessiert ist, Einfluß auf den Kaufpreis zu nehmen. Nicht etwa, dass so etwas nicht vorkommen kann oder vorgekommen ist, aber dieser Mann wäre in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die längste Zeit Ratsherr gewesen.

Auf die Bundesebene Übertragen finden die Koalitionsparteien in solches Verhalten offenbar ganz in der Ordnung, obwohl es geradezu an die Fundamente der Demokratie rührt. Es hat sich zwar in einem sogenannten "vertraulichen" Ausschuss abgespielt, aber da die "Welt" vom 29. März 1955 bereits in allen Details in der Sache berichtet hat, kann es mit der "Vertraulichkeit" ohnehin nicht weit her sein.

Zur Sache selbst:

Seit einiger Zeit ist ein sogenannter Unterausschuss "Bundesbeteiligungen" tätig, der offensichtlich von bestimmten Kreisen dazu ausersehen ist, für interessierte Industriekreise die lukrativen Teile des Bundesvermögens zu ermitteln.

In mehreren Sitzungen hat sich dieser Ausschuss mit dem Komplex Nordchemie beschäftigt. Es handelt sich dabei um die Norddeutschen Chemischen Werke G.m.b.H. in Lüneburg. Für die künftige Gestaltung

dieser Bundesbeteiligung liegen zwei Vorschläge vor. Der eine sieht vor, dass dieses Werk der AG für Berg- und Hüttenbetriebe in Salzgitter in einem Organschaftsverhältnis angegliedert werden soll. Die Nordchemie würde also, da die Reichswerke Bundes-eigentum sind, der Allgemeinheit erhalten bleiben. Der zweite Vorschlag kommt von den "Privatisierern", die diesen Komplex an die Wintershal-AG, also in Privathände, verkaufen möchten.

Nun kann man allerdings darüber reden, ob es zweckmäßig ist, dieses Werk im Bundesbesitz zu behalten oder ob es nicht besser wäre, diese Beteiligung abzustoßen. Die Form allerdings, in der das in dem genannten Unterausschuss vor sich geht, ist nicht mehr länger mit Schweigen zu übergehen. Es ist nicht nur peinlich, dass ein CDU-Abgeordneter, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des Großunternehmens ist, das an dem Erwerb der Bundesbeteiligung interessiert ist, sich im Ausschuss für den Verkauf der Nordchemie an sein Unternehmen einsetzt. Noch schlimmer aber wird es, wenn in Gegenwart dieses Abgeordneten dann sogar noch womöglich in suggestiver Absicht die Frage nach der Höhe des Verkaufspreises gestellt wird.

Eine solche Arbeitsweise ist einfach mit dem Ansehen des Parlaments nicht vereinbar. Dieser Abgeordnete hätte, wenn der Komplex zur Beratung anstand, den Beratungsraum verlassen müssen, niemals aber dürfte er es zulassen, dass in seiner Gegenwart Fragen nach Verkaufspreisen gestellt werden.

Wenn in der Öffentlichkeit solche Interessenten - Bundestagsabgeordnete zur Rede gestellt werden, dann weisen sie es entrüstet zurück, anderen Mächten als ihrem "Gewissen und dem Volke" nützlich zu sein. Hier aber wird sichtbar, welche anderen Verwicklungen es gibt. Bedauerlich, festzustellen, dass es sich auch nicht um den berühmten Ausnahmefall handelt.

Nenni Zukunftskurs

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Geschlossener als die römische Regierungskoalition schien bisher der oppositionelle Linksblock zu sein, der aus Linksozialisten und Kommunisten besteht und im Parlament 75 Linksozialisten und 143 Kommunisten zählt. Dieser Block hat immer nur dann die Regierungspolitik stören können, wenn Nenni Linksozialisten mit Anträgen vorgeschickt wurden, die auch bei der sozialfortschrittlichen Gruppe im Regierungslager Annahme fanden. Die römische Regierungskoalition selbst ist keine festgefügte Einheit. Es sind zu ungleiche Partner, selbst innerhalb der Democrazia Cristiana, die klar in einen fortschrittlichen Flügel mit Fanfani und einen "kapitalistischen" geschieden ist.

Koalitionsschwierigkeiten werden vor den Staatspräsidentenwahlen nicht mehr erwartet. Dann aber sind sie durchaus möglich. Und für diese kommende Situation wäre es bedeutsam gewesen, wenn*vorher die *man Nenni-Sozialisten vom kommunistisch dirigierten Linksblock hätte abspalten können. Das ist auf dem Turiner Parteikongress der Linksozialisten nicht gelungen.

Wenige Tage vor dem Turiner Parteikongress richtete die Sozialdemokratische Partei Saragats einen Appell an Nenni, die Abhängigkeit von den Kommunisten aufzugeben. Doch reagierte "Avanti", Nenni Partei-Blatt, scharf abweisend. Dagegen stellte die christliche-demokratische Parteizeitung, die vom linken Parteiflügel beherrscht wird, Nenni "Il Popolo" als Plattform zur Verfügung. Darin konnte man lesen, es sei nun die Zeit gekommen, "Gespräche zwischen Sozialisten und Katholiken" zu eröffnen. Einige Verwirrung ist dadurch in christlich-demokratischen Kreisen schon entstanden. Einige Leute in Rom wollen es besser wissen; Fanfani habe die Nennisozialisten nur testen wollen. Jedenfalls beurteilte Saragat die Koalitionsmöglichkeiten mit den linken Sozialisten viel realer, als er darauf hinwies, die immer noch bestehende Aktionseinheit mit Kommunisten sei das ernsteste Hindernis für jedes

5.4.1955

Koalitionsgespräch mit Nenni. Aber Saragats Gruppe verfügt nur über 19 Vertreter im Abgeordnetenhaus.

Die Vorstellung von einer großen, von Moskau unabhängigen Arbeiterpartei in Italien mag sehr schön sein. Die Verfechter der These weisen daraufhin, dass viele Nennisozialisten das von den Kommunisten gepredigte Primat der Außenpolitik ablehnen. Nenni hat in Turin in dieser Hinsicht recht selbständige Ansichten geäußert. Dieselben Leute halten die heutige Regierung gegenüber einer Rechtsregierung für das kleinere Übel, während ihre kommunistischen Freunde ein solches Kabinett nicht ungern sehen, um sich mit Macht auf ein Rechtsregiment zu werfen.

Togliatti und die Seinen, die nicht mehr alle im vorgeschriebenen Gleis spuren, sind sich völlig einig, sobald die Ferni-Sozialisten auf ihr ständiges Wachstum und das Stagnieren der Kommunisten verweisen. Denn Nenni verlangt immer lauter das gleiche Mitspracherecht in der Festlegung der politischen Linie der Linksblocks wie die Kommunisten. Er kann mit Recht sagen, dass er heute bereits ein Drittel aller Stimmen des Blocks aufbringt.

Indes stehen der Unabhängigkeit Nennis von der KPI doch noch einige beträchtliche Hindernisse entgegen, wie zum Beispiel die organisatorische Verflechtung, die Kommunistenhörigkeit bestimmter Leute in der Parteispitze wie des stellvertretenden Sekretärs Morandi u.a.m. Saragats Partei hat durch Beteiligung am Kabinett erhebliche Stimmenverluste erfahren; deshalb schreckt der Eintritt in die Regierung die Linkssozialisten. Sie müßten dazu auch von grundsätzlichen Gegnern des Atlantikpakts und der Westunion zu Anhängern werden, eine Wandlung, deren Möglichkeit Nenni in Turin mit dem Hinweis angedeutet hat, beide Verträge müßten rein defensiven Charakter haben.

Was Nenni allerdings unter geschickter Ausnutzung der ihm von vielen Seiten zugeworfenen Bälle in Turin erreichte, war eine Lockerung der engen Aktionseinheit, wie sie heute besteht. Die Sozialisten sind nun wohl in der Lage, eine beweglichere Opposition zu treiben und die Kommunisten mit ihren sturen Methoden allein zu lassen. Von einer solchen ersten Lösung bis zum Eintritt in eine Regierung linksbürgerlichen Charakters wäre es allerdings noch sehr weit. Mit einigen Ministersesseln wäre Nenni sowieso nicht zufriedenzustellen. Denn er muß immer damit rechnen, dass die Kommunisten als Auffangbecken für abspringende Linkssozialisten bereitstehen. Niemand weiß das besser als er.

Die Visionen des "Echo der Zeit"

sp - Das "Echo der Zeit", eine Wochenschrift mit ausnehmend guten Beziehungen zu Teilen des höheren katholischen Klerus, widmete in seiner letzten Ausgabe gleich zwei längere Artikel der Brüsseler Straßendemonstration der belgischen Christlichsozialen am letzten Märzsonntag. Es lobt die revolutionäre Entschlossenheit dieser sonst so autoritätsgläubigen Partei, den Kampf gegen die derzeitige liberal-sozialistische Regierung bis zu ihrem Rücktritt "mit allen Konsequenzen" fortzuführen, es findet Geschmack an der Mobilisierung der Straße und an der Aufpeitschung von Leidenschaften, es sehnt den Zeitpunkt herbei, dass sich Ähnliches auch in Deutschland vollziehen möge. Die Phantasie des Sonderberichterstatters, sich zur Ekstase steigend, berauscht sich dann an folgendem Bild:

.... nun ist die mächtige Marschsäule in der Düsseldorfer Stromstraße, dem Sitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Anmerkung der Redaktion) angelangt. Vornweg der stiernackige Jakob Kaiser, Arm in Arm mit Johannes Even, Anton Sabel, Karl Arnold, Bernhard Winkelheide, Theo Blank, Johannes Albers, Martin Heix und Josef Gockeln, den begeisterten Sekretäre der Sozialausschüsse auf den Schultern tragen, formieren sich die DGB-enttäuschten christlichen Arbeiter zu mächtigen Sprechhören und rufen "Freiheit", "Gleichheit", "Toleranz", Agartz und Pirker - ab nach Moskau...."

Es fällt schwer, einen inneren Zusammenhang zwischen dem belgischen Schulkampf und einem gewaltsamen Abschub des Theoretikers der Gewerkschaften, Viktor Agartz, nach Moskau zu finden. Der Geist aber, der aus diesem zitierten Satz atmet, ist jener Geist der Unduldsamkeit und des verblendeten Fanatismus, der das deutsche Volk, wenn auch unter anderem Vorzeichen, in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt hat. Soll dieser unselige Geist nun die bundesrepublikanische Atmosphäre beherrschen? "Ein Beispiel für Deutschland" nennt bezeichnenderweise das "Echo der Zeit" die Aufwiegelung der Masseninstinkte durch die belgischen Christlichsozialen und will damit besagen, dass Gebote des Staates nur solange gelten, solange sie in die Landschaft eines gewissen politischen Katholizismus passen, aber mißachtet werden sollen, wenn sie seinem Machtstreben Zügel auferlegen.

Der Schulkampf in Belgien weitet sich immer eindeutiger zu einer Machtprobe zwischen dem politischen Katholizismus und der belgischen Regierung aus, die den "verbrecherischen" Versuch unternimmt, das belgische Schulwesen den Erfordernissen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzupassen. Andere Länder haben schon längst ähnliche Reformen durchgeführt, ohne dass dabei die Kirche zu Schaden gekommen wäre. Im Zeitalter der Restauration sehen nun einflussreiche Kreise eines engstirnigen politischen Katholizismus die Stunde für gekommen, die Uhr zurückzudrehen, ihre Macht auszubauen und dem Staate ihren Willen auf sehr undemokratische Weise aufzudrängen. Auch in der Bundesrepublik rühren sich ähnliche Kräfte, sie haben ihre publizistischen Organe im "Rheinischen Merkur" und im "Echo der Zeit", denen ein Kulturkampf nicht bald genug kommen kann. Sie sind die lautesten Rufer für die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens und für die Zerschlagung der christlichen Gemeinschaftsschule. Sie schüren das Feuer, um es zum Brand zu entfachen.

* * *
Heimkehrerverband mahnt und fordert

sp - Vor 20 Monaten ist das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom Bundestag verabschiedet worden, seit 13 Monaten ist es in Kraft. Wirksam wurde bisher nur Abschnitt I, Abschnitt II ist immer noch nicht realisiert. Er regelt die Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat und von Darlehen zur Wohnraumbeschaffung, zur Wohnraumbeschaffung, zur Existenzgründung und zur Erhaltung von Existenzen abwesender Kriegsgefangener für deren Angehörige. Der Verband der Heimkehrer hat jetzt den Bundeskanzler erneut darauf hingewiesen, dass auch im Haushaltsplan 1955/56 für diesen Abschnitt noch keine Mittel vorgesehen sind. Er fordert, dass diese Mittel in Höhe von 100 Millionen Mark bei der 2. und 3. Lesung des Bundeshaushaltes Anfang Mai bewilligt werden.

Das Schreiben schließt: "Bei aller Würdigung der von der Bundesrepublik zu deckenden Gesamtlasten und im Wissen, dass Leid und Leistung auch der Heimkehrer einzuordnen sind in das gesamte Sozialgefüge unseres Volkes, fühle ich mich jedoch verpflichtet, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, Sie und die Bundesregierung erneut auf das psychologische Politikum aufmerksam zu machen, das sowohl in der Beachtung beschlossener und verkündeter Gesetze und der dadurch gebotenen Achtung vor der parlamentarischen Demokratie, als auch in der Würdigung des Opferganges eines besonders verdienten Teiles deutschen Soldatentums liegt."